


<b>Stadt Oberhausen</b>	<b>Drucksache Nr. B/17/0518-01</b>	<b>Termin 20.04.2021</b>	<b>Sozialausschuss</b>		
<b><u>Beschlussvorlage</u></b>			<b>öffentlich</b>		
<b>Termin</b>	<b>Gremium</b>	<b>Vorlage zur*</b>	<b>Ergebnis</b>	<b>Beschluss- kontrolle*</b>	
20.04.2021	Sozialausschuss	B			

### **Beratungsgegenstand**

Beteiligung des Jugendparlaments an Sitzungen des Sozialausschusses, Antrag des Jugendparlaments

### **Beschlussvorschlag**

Der Sozialausschuss beschließt, dass ein Vertreter/eine Vertreterin des Jugendparlaments an den Sitzungen teilnehmen kann und, dass dem/der Vertreter/in auf Wunsch das Wort erteilt wird.

<b>Vorsitzende des Jugendparlaments</b>			
			
<b>Demircan</b>			
<b>Datum 08.03.2021</b>			
* Vorlage zur: Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	* Ergebnis : Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	<b>Beschlusskontrolle:</b>  Ja oder nein	<b>Beteiligung:</b>  Personalrat [] Gleichstellungsstelle []

<b>Stadt Oberhausen</b>	<b>Drucksache Nr. B/17/0518-01</b>	<b>Termin 20.04.2021</b>	<b>Sozialausschuss</b>
-----------------------------	--	------------------------------	------------------------

1 **Konsequenzen**

2  
3 a) Finanzielle

4  
5 keine  [ x ]

6  
7 ja  [ ]

8  
9 b) Sonstige

10  
11  
12 **Begründung**

13  
14 Grundlagen:

15 Das Jugendparlament ist die Interessenvertretung der Jugendlichen in Oberhausen und eines der  
16 politischen Gremien der Stadt Oberhausen. Die 24 gewählten Jugendlichen zwischen 13 und unter 18  
17 Jahren vertreten die Interessen der Jugendlichen in der Lokalpolitik und initiieren eigene Projekte sowie  
18 Angebote. Das fünfte Jugendparlament ist bis August 2022 im Amt.

19  
20 Vorsitzende des fünften Jugendparlaments ist Berna Demircan. Ihr Stellvertreter ist René Klagus.

21  
22 Vertretungen des Jugendparlaments in Ratsausschüssen:

23 In der fünften Sitzung des Jugendparlaments am 13.01.2021 sowie beim Klausurwochenende hat sich  
24 das neugewählte Jugendparlament ausführlich mit den politischen Gremien in der Stadt Oberhausen  
25 beschäftigt. In der Diskussion stellt sich heraus, dass sich das Jugendparlament besonders für die  
26 Themen des Jugendhilfeausschusses, Schulausschusses, Integrationsrates,  
27 Gleichstellungsausschusses und Sozialausschusses interessiert. Bereits in der Wahlperiode des  
28 zweiten Jugendparlaments wurde die Verwaltung um die Prüfung der Teilnahmemöglichkeiten der  
29 Vertreter/-innen des Jugendparlaments gebeten.

30  
31 Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen:

32 In der Sitzung des Rates am 14.12.2015 wurde die Verwaltung durch einen Antrag (Drucksachen-  
33 Nummer: A/16/1303-01) beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, den Mitgliedern des  
34 Jugendparlamentes die Möglichkeit einzuräumen, grundsätzlich jeweils eine beratende Vertreterin oder  
35 einen beratenden Vertreter in die Sitzungen der Ausschüsse des Rates sowie des Integrationsrates zu  
36 entsenden.

37  
38 Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 15.02.2016 (Drucksachen-Nummer: B/16/1474-01) folgenden  
39 einstimmigen Beschluss gefasst: Der Rat der Stadt befürwortet und unterstützt die Teilnahme von  
40 Vertreterinnen und Vertretern des Jugendparlaments an öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und  
41 des Integrationsrates. Er empfiehlt daher ausdrücklich den Ausschüssen und dem Integrationsrat, auf  
42 Wunsch des Jugendparlaments jeweils einem Mitglied des Jugendparlaments die Teilnahme an  
43 ihren/seinen öffentlichen Sitzungen zu ermöglichen und diesem Mitglied jeweils auch auf seinen  
44 Wunsch das Wort zu erteilen.

45  
46 Die Verwaltung hält es für vertretbar, dass ein Ausschuss -jeweils auf eine entsprechende Initiative (i.  
47 E. einen Antrag) des Jugendparlamentes- im Rahmen des § 58 Abs. 3 Satz 6 GO NRW grundsätzlich  
48 über eine Teilnahme eines Vertreters/ einer Vertreterin des Jugendparlaments an seinen Sitzungen  
49 sowie ein dem/der Vertreter/in einzuräumendes Rederecht im Beschlusswege befinden kann. Mit dem  
50 vorliegenden Antrag wird der Sozialausschuss um entsprechende Beschlussfassung gebeten.